

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Pflaß u. a.



Verlagsort: Wilsdruff, Dresden. Druck: Wilsdruff-Druckerei. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 78 - 83. Jahrgang.

Verl.-Nr.: „Sachsenzeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Verlagsort: Dresden 2640

Dienstag 1. April 1924.

Stressemann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Hannover, 30. März. In der überfüllten Ausstellungshalle der Stadthalle wurde am Sonntag vormittag die Versammlung vom Vorsitzenden Dr. Kahl eröffnet, indem dieser den Gegengruß des Generalsekretärs von Hindenburg bekannt gab. Dieser lautete: Vielen Dank für das Weingedenken. Möge der Ernst der Zeit alle Nationalgesinnten in selbstloser Vaterlandsliebe einigen und dadurch Deutschland vor der Zerstückelung und damit vor dem Zusammenbruch bewahren, von Hindenburg.

Dann ergriff Dr. Stressemann das Wort zu einer großen Rede. Er gab einleitend einen Überblick auf die vergangenen vier Jahre parlamentarischer Arbeit und führte unter anderem aus: Wir sind durch die Wahlen des Jahres 1920 eine große Partei geworden. Es handelt sich für uns darum, ob wir in der Opposition verbleiben oder von der Opposition zur Mitwirkung schreiten sollten. Was uns schließlich in die Opposition getrieben hat, das war das Fehlen des Nationalgefühls in der revolutionären Bewegung. Wir wollten nichts aufgeben von den Segnungen des alten Deutschlands. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir uns dann zur verantwortlichen Mitarbeit entschieden haben, so haben sich doch auch die Deutschnationalen für ein Zusammenwirken mit den Sozialdemokraten ausgesprochen. Dies sei aber an den Parteien gescheitert. Wir erleben den großen Jammer der Außenpolitik eines waffenlosen Volkes. Wir bekennen uns zum Bismarckschen Gedanken der Realpolitik und müssen verlangen, daß auch die anderen, die sich zu Bismarck bekennen wollen, Realpolitik treiben. Wir haben den Ruhrkampf aufgegeben und zeigten dabei die Bereitschaft im Rahmen dessen, was möglich ist, Leistungen zu übernehmen. Es gibt heute noch viele Leute, die glauben, daß der Ruhrkampf ein Fehler gewesen ist, weil er vergeblich war. Nein, der Ruhrkampf ist kein Fehler gewesen. Die Kämpfe der Bevölkerung haben der Welt gezeigt, daß das deutsche Volk für das Deutschtum zu kämpfen und zu leben vermag. Sie wissen, daß im englischen Parlament gesprochen wird von dem monatlichen Unrecht, von dem Ungeschehen des Ruhrbruchs. Seien Sie überzeugt, ohne den großen passiven Widerstand hätten wir nicht die Augen der Welt auf dieses Unrecht gerichtet. Ich darf auch hier die Ansicht aussprechen, so verantwortungsvoll auch dieser Satz sein mag: Ich lehne es ab, ein Verdammungsurteil auszusprechen über die Männer, die über den passiven Widerstand hinausgegangen sind. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Ich glaube nicht, daß Frankreich sich als glücklicher Sieger fühlt. Die schwere Krise knüpft sich an den Versailler Vertrag. Das bereiten auch die vielen internationalen Konferenzen. Wäre der Vertrag von Versailles durchführbar, so würde es Frieden für die Welt geben. Diese Konferenzen, auch die heutige Zusammenberufung der Sachverständigen sind lediglich Feststellung der Tatsache, daß dieser Frieden den bestehenden Aufruhr der Welt zu einer Dauereinrichtung machen wird, wenn man nicht zu einer Verständigung kommt. Das Zusammenwirken der Sachverständigen zeigt an sich das Bild einer gewissen Entspannung, aber die Frage ist berechtigt, ob diese Mitglieder sich auch ein richtiges Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit verschaffen haben. Ich möchte ein grundsätzlich zu den kommenden Beschlüssen bemerken. Die deutsche Reichsregierung steht den Entscheidungen der Sachverständigen in voller Freiheit gegenüber. Sie wird ihrerseits alles tun, um zu einer Verständigung zu kommen, aber sie wird nach bestehenden Grundsätzen verfahren müssen, so der uneingeschränkten Verwaltung für die deutschen Eisenbahnen und für ein zu schaffendes Reichsbankwesen und die Forderung der Vermeidung einer Majorisierung des Auslandes im Aufsichtsrat und Verwaltungsrat dieser Institutionen. Ich gebe nicht den Weg derjenigen, die sagen, daß sie die Mitwirkung des Auslandes in diesen Institutionen ablehnen werden. Das wäre eine Torheit. Ich darf hier eine weitere grundsätzliche Stellungnahme aufnehmen: Jede Zustimmung zu deutschen Reparationsleistungen, zur Wiederaufnahme deutscher Leistungen an die alliierten Nationen ist abhängig davon, daß uns zuerst die Wiedererfüllung über das Ruhrgebiet, über seine Wirtschaftsquellen, über seine Steuerkraft, über seine Verwaltung, über alles das, was uns gehört als deutsches Land gegeben wird. Weiter gehört dazu die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Rheinlande und in der Pfalz. Wir hoffen für die Pflichten des Reiches, für unser Reich haften uns die Gesamtheit der Alliierten, die den Vertrag mit unterzeichnet haben. Was aus Ruhr, Rhein und Pfalz wird, darum geht der Kampf, das ist die große Schicksalsfrage. Federleicht ist die Kritik an der deutschen Außenpolitik. Es ist die Pflicht und Schuldigung des Kritikers, auch zu sagen, welche positive Vorschläge er seinerseits zu machen hat. Machtmittel stehen uns nicht zur Verfügung. Wer heute dem deutschen Volk darüber etwas vorkauft, der handelt, wenn er es weiß, als ein Mensch, der nichts von der Politik wissen will, wenn er es aber weiß, und es tut, dann ist er Demagoge allerhöchster Art. Ich sage das selbst als Außenminister, was ich auch als Abgeordneter immer betonen habe. Dr. Stressemann erwähnt weiter den Abschluß des Handelsvertrages mit Amerika, die Einstellung der Sachlieferungen, die Herabsetzung der Ausfuhrabgaben, den Kredit der Bank von England und bemerkt, daß sich nur Sozialisten in einem Aufbau. Aber glauben Sie, der ganze Aufbau Deutschlands wird in solchen Einzelheiten bestehen und nicht aus tönernen Phrasen. Auf die Frage der vaterländischen Verbände und Jugendverbände übergehend, sagte der Redner, es

Polizeiliche Vorsichtsmaßnahmen in München.

Politische Versammlungen am 1. April verboten.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

München, 31. März. Die Polizeidirektion München teilt mit, daß anlässlich der Urteilsverkündung gegen Hitler und Genossen von den Anhängern der Nationalsozialisten große Demonstrationen geplant sind. Die Polizeidirektion erklärt, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen einschreiten werde und warnt ausdrücklich vor Unbesonnenheiten. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß am 1. April, am Tage der Urteilsverkündung, die Abhaltung aller politischen und nichtpolitischen Versammlungen verboten wird.

Berufung im Zeignerprozeß.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Leipzig, 31. März. Wie die „Neue Leipziger Zeitung“ erfährt, hat der Verteidiger Zeigners, Rechtsanwalt Dr. Marschner, gegen das am Sonnabend gefällte Urteil im Zeignerprozeß Revision beantragt, soweit es nicht auf Freispruch lautet.

General von Seeckt in Hannover.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Hannover, 30. März. Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, wird vom 31. März bis 2. April zur Besichtigung der Truppenteile in Hannover eintreffen.

Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Hannover, 30. März. Der Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei betont, der heldenhafte Kampf unserer Volksgenossen in den besetzten Gebieten müsse Vorbild sein für die Errichtung einer nationalen Volksgemeinschaft, die Wahrung nationaler Würde, Stärkung der Staatsautorität, Pflege deutschen Wesens und deutschen Kulturschaffens, jeder ehrlichen Arbeit, Kampf gegen Wucher und Ausbeutung seien die Ziele der Politik der Deutschen Volkspartei. Die Reichseinheit über alles, nicht durch Putsch und Attentate, sondern durch Opferwilligkeit für das Reich wird unsere Zukunft gesichert. Auch schwerste Opfer seien zu bringen, um deutsches Land und Volk von fremder Bedrückung zu befreien. Verfassungen lassen wir uns nicht. Die

sei eine ganz falsche Entscheidung, wenn aus der Tatsache, daß manche von jenen uns bekämpfen, geschlossen wird, daß nun auch wir sie bekämpfen sollten. Den Führern müssen wir zurufen: Hände weg von der deutschen Reichswehr. Die Reichswehr gehört keiner Partei, sie gehört dem ganzen Volke. Das vaterländische Empfinden muß Gemeingut des ganzen Volkes werden. Deshalb nicht Bekämpfung der Verbände, sondern hinein in die Verbände mit unserem Geist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Der Zustand der Wirtschaft seit dem Kriege ist ein überaus schlechter. Manche sind sich vielleicht noch gar nicht darüber klar, was die Inflation für ein Volk bedeutet. Wir müssen alles tun, um die Mittelschichten in Deutschland, gewerblich, handwerklich und geistig, soweit zu stützen, als es möglich ist. Das Törichteste war die Herabsetzung der Arbeitszeit nach dem verlorenen Kriege. Nur, wenn wir Deutsche mehr arbeiten und das Letzte leisten, was wir erwarten können, werden wir wieder emporsteigen. Als wir im Kabinett über unsere Stellung gegenüber den Sachverständigen berieten, habe ich bereits gesagt, der heutige Etat des Deutschen Reiches ist ein Notetat, der eines Kulturvolkes nicht würdig ist. Wir dürfen aber den heutigen Zustand nur als einen Übergang betrachten. Zu Fragen der Innenpolitik übergehend, führte der Redner aus: Unsere Idee war in ihrem Ideal das Zusammenwirken von rechts bis zu einer staatsbeherrschenden Sozialdemokratie. Dem standen aber Hemmungen auf beiden Seiten gegenüber. Die Sozialdemokratie hat ihre Hemmungen, sich bemüht zum Staatsaufbau und zum Zusammenarbeiten mit anderen Parteien zu bekennen, zu bezahlen gehabt, mit größerer innerer Zersetzung und großen Verlusten ihrer Anhänger. Der Redner geht dann weiter auf die Sanierung der Verhältnisse im Reich über, erinnerte an Sachsen und Thüringen, Kräftigung der Wirtschaft und Erhöhung der Produktivität, stellt eine Entspannung zwischen Bayern und dem Reich fest, erwähnt den Hitlerprozeß und spricht dann von dem Eingreifen der Reichswehr in Sachsen und Thüringen. Er verteidigte sich vor dem Vorwurf, eine Verbeugung vor dem Marxismus gemacht zu haben. Dr. Stressemann führte dann weiter aus: Die Sozialdemokratie wird große Verluste erleiden, aber diese Verluste sind auch für uns insofern weniger erfreulich, als sie die meisten vielfach zum Kommunismus treiben. Wir haben auf der anderen Seite die Bewegung der Deutschnationalen. Keiner weiß, welche Gefühle in dieser Partei stärker sind. Der Kommunismus nach innen oder das nationale Gefühl nach außen. Beides Gefühle, von denen wir keinen Gebrauch machen können. (Stürmische Zurufe. Sehr richtig!) Eine deutschnationale Regierung wird den Beamten-

Deutsche Volkspartei kämpfe unter den alten Farben schwarz-weiß-rot und hoffe auf ein Wiedererstehen deutscher Macht und Größe unter einem deutschen Volksoberhaupt. Erst das Vaterland, dann die Partei. Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit.

Poincares Programm.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 31. März. Zu den hier in der Kammer angemeldeten Interpellationen ist gestern eine fünfte hinzugekommen. Abgeordneter Offels erbitte von der Regierung Angaben über diese Absichten in der Frage der Pensionsgesetze. Im übrigen erwartet man mit Spannung die Programmrede Poincares. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter des „Echo de Paris“ stellt die Regierungserklärung einen Aufruf an das französische Volk dar, sich zu einer nationalen Einigung zusammenzuschließen. Poincare wird vier große Probleme zu bewältigen haben:

1. Erneuerung der am 14. April abgelaufenen Ruhrabkommen,
2. Erzielung einer internationalen Verständigung zur Lösung der Reparationsfrage,
3. Ausbedingung von Sicherheitsgarantien über die zurzeit zwischen Paris und London verhandelt wird,
4. Maßnahmen zur Festigung der französischen Wäute und Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

Urabstimmung der Streikenden.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

London, 31. März. Heute nachmittag 5 Uhr findet die Urabstimmung der Streikenden über die Wiederaufnahme des Verkehrs statt. Obwohl von radikalen Elementen die Ablehnung des Angebots verlangt wird, rechnet man damit, daß die Streikenden sich mit überwiegender Mehrheit für die Annahme entscheiden werden.

Vollzugsabstimmung im Griechenland.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Athen, 31. März. Die Vollzugsabstimmung über die künftige Regierungsform in Griechenland ist auf den 13. April anberaumt worden.

Eine Lebensfrage.

Über die zurzeit so lebhaft betonte Notwendigkeit des Ab- oder Umbaus der sog. Ricomverträge mit der Industrie im besetzten Gebiet wird uns geschrieben:

Das neue französische Ministerium Poincaré weiß unter seinen Mitgliedern auch Herrn Doucœur auf, der aber merkwürdigerweise das Post- und Handelsministerium übernommen hat. Nur nach einer Seite hin ist die Tätigkeit dieses Mannes, dessen Anregungen bekanntlich die 1922 und 1923 abgeschlossenen Sachlieferungsverträge zwischen Deutschland und Frankreich ihren Ursprung verdanken, auch jetzt für Deutschland von besonderer Wichtigkeit: nämlich in der Frage der Erneuerung der Ricomverträge.

In den letzten Tagen sind die Vertreter der Ruhrbergarbeiterschaft beim Reichsanwalt gewesen und haben ihm die Notwendigkeit vorgetragen, daß die Reparationslasten, die jetzt nur von der Ruhrindustrie, vor allem von den Bergwerken getragen werden, auf breitere Schultern, nämlich auf die Schultern des ganzen deutschen Volkes gelegt werden müssen, weil sie für die Ruhrindustrie und damit auch für die Arbeiterklasse geradezu mörderisch sind. Die Werke können diese Beträge nicht mehr erfüllen, weil infolge der ihnen auferlegten Lieferungen bzw. finanziellen Lasten die Kosten derart hoch steigen, daß für die deutsche Rohle dieses Gebietes einfach keine Abnahmefähigkeit mehr besteht. Eine Tonne westfälische Fettsäurekostet jetzt 20,60 Mark, d. h. 72 % mehr als im Frieden. Mit diesem Preise liegt die Produktion aber unter dem tatsächlichen Selbstkostenpreis; denn auf ihr lastet eine effektive Preiserhöhung der Kosten um 40 %. Das sind die Kosten, die aus der Erfüllung der Ricomverträge entstehen, und die wenigstens zum Teil hereingebracht werden müssen. Dadurch wird nun der Preis für die anderen Industrieerzeugnisse, namentlich natürlich für die eisenbearbeitende Industrie hochgetrieben, weil der Rohmaterialpreis für die Kosten dieser Industrie zu etwa 30-40 % entscheidend ist. Außerdem lasten auch auf dieser Industrie sehr erhebliche